

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/166

31. August 1976

Die Union täuscht den Wähler

-----  
CDU-Kommunalpolitik: Anspruch und Wirklichkeit

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städte-  
bau

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

CDU/DSU-Parole "Infamie statt Information"

-----  
Kohls Biedermann-Rolle jetzt endgültig zerstört

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 3 und 3a/ 46 Zeilen

Biedenkopf läuft Amok gegen die Gewerkschaften

-----  
Der CDU-Sonderwahlkampf im Ruhrgebiet ist gescheitert

Von Hana Urbanik MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Arbeitgemeinschaft für  
Arbeitnehmerfragen

Seite 4 / 36 Zeilen

Kohls Landesbank trieb illegale DDR-Geschäfte

-----  
Ein Modellfall für die doppelzüngige CDU-"Politik"

Von Karl Thorwirth MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-  
Pfalz und Mitglied des Parteirates der SPD

Seite 5 und 6 / 60 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 406  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 06 88 848-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 378811  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Union täuscht den Wähler  
-----

**CDU-Kommunalpolitik: Anspruch und Wirklichkeit**

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Aus dem Vollen schöpft die CDU offenbar, wenn es darum geht, unausge-  
gorene "Programme" im Wahlkampf in die Welt zu setzen. Mit leeren Händen  
allerdings steht sie da, wenn man einmal prüft, wie ihre verantwortlichen  
Politiker etwa in den Ländern die Forderungen dieser "Programme" eigentlich  
realisieren. Paradebeispiel dafür ist das von dem CDU-Generalsekretär Prof.  
Dr. Kurt Biedenkopf vorgelegte kommunalpolitische "Aktionsprogramm" der  
CDU.

Vorgestellt wurde eine Mischung aus zum Teil unrealistischen, zum Teil  
durch die Bundesregierung längst verwirklichten Forderungen. So kommt z.B.  
das Versprechen, die Union werde den Bürgern nach einem Wahlsieg mehr  
Gelegenheit geben, sich am politischen Leben in Städten und Gemeinden zu  
beteiligen, reichlich spät. Die Bundesregierung hat mit der Novelle zum  
Bundesbaugesetz bereits die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen.  
Es wurde sichergestellt, daß sich Stadtentwicklung künftig nicht mehr  
über die Köpfe der Bürger hinweg vollzieht. Das neue Bürgerbewußtsein  
mit dem Willen, sich für die Entwicklung der Gemeinden mit verantwortlich  
zu fühlen, ist unter der sozialliberalen Bundesregierung gewachsen und ge-  
weckt worden.

Das kommunalpolitische "Aktionsprogramm" der CDU macht erneut deut-  
lich, mit welcher konzeptionslosen und zerstrittenen Politik sich die Union  
dem Bürger stellt. Auf der einen Seite wird die Finanznot der Gemeinden  
beklagt und gefordert, den Gemeinden mehr Mittel zur Verfügung zu stellen,  
auf der anderen Seite werden notwendige Steuererhebungen abgelehnt. Der  
stellv. CDU-Vorsitzende, Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, for-  
dert Steuererleichterungen für Unternehmer, der CDU-Generalsekretär  
Biedenkopf will die kommunale Finanzausstattung verbessern und der CDU-  
Vorsitzende Dr. Helmut Kohl schließlich beschwört das Finanzchaos insge-  
samt. Das "Konzept" lautet: "Sanierung" der Staatsfinanzen durch Einspa-

rungen und gleichzeitige Ausgabenerhöhung, wo immer es populär erscheinen mag. In diesem finanzpolitischen Gewirr der CDU bleibt auch der niedersächsische Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht hängen. Soll er sich an das kommunalpolitische "Aktionsprogramm" der CDU halten oder kann er seine kommunalfeindliche mittelfristige Planung weiter verfolgen? Das kommunalpolitische "Aktionsprogramm" liest sich für Dr. Albrecht jedenfalls wie eine Zurechtweisung aus seiner Parteizentrale.

Beim kommunalen Finanzausgleich - so die Mittelfristige Planung von Ministerpräsident Albrecht - soll die Verbundquote auf 21 vH festgelegt werden. In einem Gespräch am 23. April 1976 mit der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Spitzenverbände wurde diese Absicht unterstrichen. Alle Gemeinden in Niedersachsen fordern hingegen ein Heraufsetzen der Verbundquote auf 21,25 vH. Die konkrete, wenn auch nicht realistische Politik von Dr. Albrecht steht im krassen Widerspruch zur Forderung aus seiner Parteizentrale. Mußte bisher die Opposition im Niedersächsischen Landtag dem Ministerpräsidenten anhalten, er solle die kommunalpolitischen Konsequenzen seiner Finanzpolitik überdenken, so wird Dr. Albrecht heute ins kommunalpolitische Abseits seiner Partei gestellt.

Einsparungen im Schulbau, Einsparungen im Sportstättenbau, Einsparungen in der Förderung der Landwirtschaft, Einsparungen beim Kindergartenbau, keine Neubaumaßnahmen im Straßenbau, keine neuen Ortsdurchfahrten und Einschränkung der Förderung des Städtebaus und der Sanierung unserer Städte: Alles das läßt sich haarklein in der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1975 bis 1979 ablesen. Das ist der Beitrag der konkreten Politik von Ministerpräsident Dr. Albrecht zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in unserem Land. Dies alles entlarvt den Gegensatz zwischen Wahlprogrammen und tatsächlicher Politik der CDU.

Der Bürger ist betroffen. Der Wähler wird getäuscht. (-/31.8.1976/va/e)

+ + +

CDU/CSU-Parole "Infamie statt Information" . . .

Kohls Biedermann-Rolle jetzt endgültig zerstört

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Die im Bundestag vertretenen Parteien haben allesamt einen informativen und argumentativen Wahlkampf angekündigt. Am Montagabend noch beteuerte der CDU-Vorsitzende und offizielle Kanzlerkandidat der Opposition, Dr. Helmut Kohl, im ARD-Fernsehen, wie sehr ihm die breite und zuverlässige Information der Wahlbürger am Herzen läge. Sein Interview in "Report" hinterließ allerdings die sehr naheliegende Frage, was die CDU/CSU konkret und definitiv unter "Information" versteht.

Fällt unter diesen anspruchsvollen Begriff, der immerhin auch im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verankert ist, etwa die folgende Äußerung des CDU-Vorsitzenden vom 20. April 1976 in "Bild": "Wir müssen wieder lernen, was Freiheit ist - so wie damals nach dem Ende der Nazi-Herrschaft: Frei reden können, reisen, wohnen, einkaufen,?" Diese "Information" bezog sich wohlgerne auf die Bürger unserer Bundesrepublik.

Oder ist es im Verständnis der CDU/CSU eine "Information", was der CSU-Vorsitzende am 19. November 1974 in Sonthofen sagte: "Da muß man die anderen immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren, und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft?" Mit den "anderen" hat Strauß - wohlgerne - die deutschen Sozial- und Freidemokraten gemeint.

Hier noch einige weitere Produkte dieser bemerkenswerten Güteklasse, mit denen die CDU/CSU erfolgreich an das "Informationswesen" von NS-Propagandaminister Dr. Josef Goebbels angeknüpft hat:

"... all das macht nicht die Wahlergebnisse für morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst

und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art", und "Dann möchte ich wissen, wieviele Sympathisanten der Baader-Meinhof-Verbrecher in der SPD- und FDP-Fraktion in Bonn drineitzen. Es ist ein ganzer Haufen. (Franz Josef Strauß am 18./19. November 1974 in Sonthofen.)

Der hessische CDU-Vorsitzende Dr. Alfred Dregger warf der SPD "rein faaschistische Methoden, die an die Endzeit der Weimarer Republik erinnern" vor. ("Frankfurter Rundschau", 1. Oktober 1974.)

Oder: "Die Sozialdemokraten haben den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit verraten." (CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf vor dem CDU-Parteitag im Juni 1975 in Hannover.)

Oder: "Helmut Schmidt gibt sich als der nüchterne, pragmatische Macher, betreibt aber unvermindert den schleichenden Umsturz unserer Gesellschaftsordnung" (CSU-Landesgruppenchef Richard Stücklen am 24. August 1974.)

Übrigens: Unmittelbar vor der "Report"-Inszenierung vom Montagabend mit Dr. Helmut Kohl in der Rolle des Biedermannes lief der erste Fernseh-Wahlspott der CDU. Dabei ist endgültig klar geworden, nach welcher Schlüsselformel die CDU/CSU ihre sogenannte "Öffentlichkeitsarbeit" tatsächlich betreibt oder in noch verschärfter Form von Hilfspatzen betreiben läßt. Diese Schlüsselformel heißt: Infamie statt Information. (-/31.8.1976/va/pr)

+ + +

## Biedenkopf läuft Amok gegen die Gewerkschaften

Der CDU-Sonderwahlkampf im Ruhrgebiet ist gescheitert

Von Hans Urbanik MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Arbeitgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Hält man sich die Sätze der Biedenkopf-Grew zum Wahlkampfstil der CDU/CSU vor Augen: "Der Vorzug einer Wahlkampfführung im Grundsätzlichen ist, daß sie unabhängig von der aktuellen politischen Lage ist" und "Mit Sachargumenten kommen wir nicht weiter", dann wird einem klar, wie es zu der Äußerung des CDU-Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt Biedenkopf kommen konnte, der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad im Ruhrgebiet sei nur dadurch zu erklären, daß die Arbeitnehmer bei der Einstellung unter Druck gesetzt würden.

Wie sehr sich Prof. Biedenkopf mit dieser Feststellung vergaloppiert hat, sieht man an der Reaktion der Gewerkschaften auf diese unerhörte Diffamierung ihrer legitimen Informations- und Werbearbeit in den Betrieben. So hat sich der Vorstand der IG Bergbau und Energie in einem Brief an Biedenkopf in scharfer Form gegen die Beschuldigung verwahrt und ihn aufgefordert, eine konkret begründete Aufklärung über die erhobenen Vorwürfe zu geben. Auch der IG Metall-Vorsitzende Loderer fordert Aufklärung und schreibt u.a. in dem Brief an Biedenkopf: "Ich kann mir der Ton Ihrer Ausführungen nur dadurch erklären, daß die Erfolglosigkeit Ihres Werbens um Arbeitnehmerstimmen sich in anti-gewerkschaftlichen Emotionen niederschlägt. Sie sollten aber nicht Ursache und Wirkung verwechseln"; und weiter: "Es sind nicht die Gewerkschaften, die Sie zum Mißerfolg verurteilen. Sie sollten sich vielmehr fragen, ob nicht mangelnde Attraktivität und Glaubwürdigkeit der von Ihnen vertretenen Politik Ihrem Werben im Wege stehen."

Hält man sich vor Augen, daß es in der ganzen Welt nirgendwo eine Gewerkschaftsbewegung gibt, die bisher so frei von Skandalen, Skandalverdächtigungen oder Korruption gewesen ist wie die deutschen Gewerkschaften, dann wird einem die ganze Verantwortungslosigkeit in dem Tun des CDU-Generalsekretärs klar, das soziale Klima vergiften zu wollen, ohne Roß und Reiter zu nennen. Die aus freien und geheimen Wahlen hervorgegangenen Betriebsräte, die durch die ausgezeichnete Schulung ihrer Gewerkschaft in jeder Weise über ihre Rechte und Pflichten informiert sind, haben durch diese Anschuldigung das ganze Ausmaß der arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Einstellung der "Volkspartei" CDU/CSU plastisch vor Augen geführt bekommen. Der CDU-Sonderwahlkampf im Ruhrgebiet ist offenbar als gescheitert anzusehen, denn andere läßt sich der politische Amoklauf von Prof. Biedenkopf nicht erklären. (~/31.8.1976/va/pr)

+ + +

### Kohls Landesbank trieb illegale DDR-Geschäfte

Ein Modellfall für die doppelzüngige CDU-"Politik"

Von Karl Thorwirth MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz und  
Mitglied des Parteirates der SPD

Seit vier Wochen warten die beiden Oppositionsfraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag, FDP und SPD, aber auch eine interessierte Öffentlichkeit in Land und Bund, auf die Beantwortung einer Großen Anfrage der beiden Parlamentsfraktionen durch die Mainzer Regierung des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl. Auf genau 13 Fragen ist sie bisher die Antwort noch schuldig, die Dreiecks-Kreditgeschäfte betreffen, die die Landesbank des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl in Mainz und deren Tochterbanken in Zürich und auf den Bahamas mit der Außenhandelsbank der DDR in Ostberlin und einer DDR-Staatshandels-gesellschaft ohne Genehmigung durch die Deutsche Bundesbank abgewickelt haben.

Die millionenschweren Kreditgeschäfte mit der DDR von Ende 1971 bis zum Jahre 1974, von der Zürcher und der Bahama-Tochter unter der Patronage der Landesbank Rheinland-Pfalz getätigt und gegen klingende Münze verbürgt, hatten von Anfang an zumindest den "Schönheitsfehler", daß sie von der Deutschen Bundesbank bzw. ihrer rheinland-pfälzischen Hauptverwaltung nicht genehmigt waren. Von einem Rechtsirrtum konnte aber von Anfang an nicht die Rede sein, weil die "Landesbanker" in Mainz (und Zürich) das Verbot der direkten Kreditgeschäfte bewußt dadurch umgehen wollten, daß die Kredite vom Ausland her vergeben wurden - also außerhalb des Geltungsbereiches des gültigen Militärregierungsgesetzes Nr. 53, während die Landesbank "nur" die Patronage bzw. Bürgschaft übernahm.

Bundesbank und Bundesregierung haben zu der Umgehung der Bestimmungen nicht ja gesagt und auch nicht ja sagen können, weil fast zugleich die Bemühungen der sozialliberalen Bundesregierung um klare innerdeutsche Abmachungen über direkte "von-Bank-zu-Bank-Kredite" eingeleitet wurden, die man sich von Kohls Landesbank und anderen Interessenten weder präjudizieren noch unterlaufen lassen wollte. Rund 500 Millionen (!) D-Mark machte der Umfang

der bisher bekannt gewordenen illegalen DDR-Geschäfte der "Kohl-Laba" und ihrer Tochterbanken aus, keineswegs wenig, wenn man diese Kredite mit dem Umfang der von der Bundesbank und den Landeszentralbanken nach Gesetz 53 genehmigten innerdeutschen Zahlungsverkehr vergleicht.

Was aber inzwischen entscheidend ist, das ist nicht einmal unbedingt in erster Linie das Übertreten gültiger Gesetze und Verordnungen durch eine öffentlich-rechtliche Bank und deren Töchter (denn die Bürgschaften waren und sind ebenso genehmigungspflichtig wie das Einräumen der Kredite), es ist vielleicht sogar auch nur in zweiter Linie das Unterlaufen der innerdeutschen Verhandlungen, es ist vielmehr die immer deutlicher werdende doppelte Moral, das Reden mit gespaltenen Zungen, wie es bei Kohl und seinen CDU-Freunden an der Spitze der Mainzer Landesbank überdeutlich geworden ist.

Wer, wie Kohl und die meisten seiner Freunde in der CDU/CSU, fast Tag für Tag nach wirtschaftlichen Konsequenzen gegen die DDR durch die staatlichen Organe der Bundesrepublik ruft, der muß sich nach seiner politischen Moral fragen lassen. Denn schließlich sind sie zu einer Zeit in gewinnträchtige und verbotene Geschäfte mit der DDR eingetreten, da an Mauer und Stacheldraht eher mehr geschossen wurde als heute, als die innerdeutsche Grenze weit weniger durchlässig war als heute, da die CDU offiziell die innerdeutschen Gespräche bis aufs Messer bekämpfte, aber inoffiziell lukrative Geschäfte tätigen ließ.

Dr. Kohl hat nicht ein Quentchen politischer Verantwortung für die umfangreichen "Koffergeschäfte" seiner Landesbank übernommen, die zu einem rechtskräftigen Bußgeld in Höhe von zwei Millionen und zu persönlichen Konsequenzen für zwei Mainzer Bankbedienstete führten. Er und sein Freund an der Spitze des Vorstandes blieben dabei, von allem nichts gewußt zu haben, was nicht auszuschließen, aber auch nicht zu beweisen ist. Bei den illegalen Kredit- und Bürgschaftsgeschäften war das anders. Kohl und seine Kabinettsmitglieder waren informiert; ob sie die Tragweite damals sofort erkannten, sei dahingestellt. Angesichts der Maßstäbe, die die CDU und auch Dr. Kohl jetzt immer setzen, kann den CDU-Vorsitzenden nichts mehr davor bewahren, die politische Verantwortung tragen zu müssen: die volle politische Verantwortung, ohne jedes Wenn und Aber! (-/31.8.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller